

UN-Klimaverhandlungen in Bonn

Eine Eisnixe für globalen Klimaschutz

In Bonn trafen sich Anfang Juni Vertreter der UN-Mitgliedsstaaten, um Details für ein Kyoto-Anschlussabkommen zu verhandeln, das im Dezember in Kopenhagen verabschiedet werden soll: Bisher haben sich die Industriestaaten weder bei ihren Klimaschutzzielen noch bei der Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen in den Entwicklungsländern verbindlich festgelegt. Das Gelingen eines Abkommens ist zurzeit ernsthaft gefährdet.

Der BUND will deshalb den Druck auf die Verhandlungen erhöhen. Zum Auftakt des Bonner Treffens demonstrierten BUND-Aktivist*innen vor dem Tagungshotel Maritim mit einer 1,20 Meter großen Eisskulptur der »Kleinen Meerjungfrau«. Das Wahrzeichen der dänischen Hauptstadt sollte daran erinnern, dass bereits jetzt die entscheidenden Weichen für das Abkommen in Kopenhagen gestellt werden. Auf Transparenten war zu lesen: »Kopenhagen muss gelingen! Für ein faires Klimaschutzabkommen« und »Klimaschutz jetzt!«.

Die Bundesgeschäftsstelle wurde tatkräftig von den Kreisgruppen Bonn und Rhein-Sieg unterstützt. Gemeinsam haben wir einen schönen Erfolg erzielt: Neben den Delegierten nahm eine Reihe von Medienvertretern die Aktion wahr. So berichtete auch die Tagesschau.

Schon Ende April hatte der BUND mit Oxfam zu einem Pressehintergrundgespräch nach Berlin geladen und die Kernforderungen präsentiert: Für die bereits vom Klimawandel verursachten Schäden in den Entwicklungsländern müssen die Industriestaaten sofort 1,5 Mrd. Euro für den UN-Anpassungshilfefonds bereitstellen. Zusätzlich sind jährliche Zahlungen von mindestens 40 Mrd. Euro für Anpassungsmaßnahmen und weitere 30 Mrd. für Klimaschutz in den Entwicklungsländern nötig.



▲ Die BUND-Klimaexpertin Antje von Broock beim Interview während der Klimaverhandlungen in Bonn. Im Hintergrund eine Nachbildung der Kopenhagener Meerjungfrau aus Eis.



▲ Mit zwei Online-Aktionen setzt sich der BUND derzeit für den Natur- und Klimaschutz ein.

IN DIESER AUSGABE:

- Der BUND vor der Bundestagswahl ▶ S.3
- Online-Kampagnen für Natur- und Klimaschutz ▶ S.5
- Erdgaspipeline bedroht Großschutzgebiete ▶ S.12 ... und vieles mehr.

Bundesverband

- 3 **Bundestagswahl:** Der BUND mischt sich ein
- 3 **Der BUND kompakt:** Neue Eigendarstellung
- 3 **Zukunftsfähiges Deutschland:** Neuer Denk- und Schaustoff

BUNDjugend

- 4 **KlimaKochbuch entwickelt:** Einkaufen, kochen, genießen ...
- 4 **Gefährliche Brandung:** Auf der Flucht vor dem Klimawandel

Aktionen

- 5 **Online-Aktionen:** Naturschutzrecht sichern und CO₂-Speicherung verhindern
- 5 **Flusstour gestartet:** 1000 Kilometer durch deutsche Flüsse

Chemie/Nanotechnologie

- 6 **Hormonelle Schadstoffe:** ... führen zu Artensterben
- 6 **Vereinte Nationen:** Mehr gefährliche Chemikalien verboten
- 6 **Mogelpackung:** Vorsicht vor giftigen Produkten
- 7 **Neues Faltblatt:** Was eigentlich ist Nanotechnologie?
- 7 **Nanotechnologie:** ... im internationalen Fokus
- 7 **Nanotechnologie:** EU-Parlament für Regulierung

Waldexperten u.a. des BUND NRW besuchen eine »Kurzumtriebsplantage« von RWE ► S. 11.

Energie/Klima

- 8 **Die Folgen des Klimawandels:** Ein neues Konzept für die Begründung von Verbandsklagen?
- 8 **Geplante CO₂-Verpressung:** Betroffene leisten Widerstand
- 9 **Baden-Württemberg:** Aktionen gegen die Atomenergie
- 9 **Anti-Atom:** Dem Protest viele Gesichter geben
- 9 **Energiesparen:** BUND RLP schult Stromsparhelfer

Internationales

- 10 **FoE International:** Fotowettbewerb Biodiversität
- 10 **Europawahl:** Licht und Schatten

Landnutzung

- 11 **Kritischer Agrarbericht:** Landwirtschaft im Klimawandel

- 11 **Kurzumtriebsplantagen:** Das Energiewunder?

Naturschutz

- 12 **Grenzenlos Natur:** Das Grüne Band feiert 20. Geburtstag
- 12 **Putin-Schröder-Pipeline:** Großschutzgebiete bedroht

Verkehr

- 13 **Kampagne:** Rußfrei fürs Klima
- 13 **Alleeschutz:** Baumfällungen verhindert

Neu erschienen/Personalien

- 14 **TYPO3-Musterseite:** Rheinland-Pfalz online runderneuert
- 14 **Streuobstwiesen:** Refugien für Tiere
- 15 **Personalien**



ABKÜRZUNGEN:

Am Anfang jedes Textes bezeichnet ein Kürzel, aus welchem Bereich des BUND der Text stammt.

BJ = BUNDjugend	HB = Bremen	RP = Rheinland-Pfalz
BV = Bundesverband	HH = Hamburg	SH = Schleswig-Holstein
BB = Brandenburg	HE = Hessen	SL = Saarland
BE = Berlin	MV = Mecklenburg-Vorpommern	SN = Sachsen
BW = Baden-Württemberg	NDS = Niedersachsen	ST = Sachsen-Anhalt
BY = Bayern	NRW = Nordrhein-Westfalen	TH = Thüringen

Bundestagswahl

Der BUND mischt sich ein

Der Ton wird rauer. Die Versprechen werden größer: Der Bundestagswahlkampf kommt in Gang. Und der BUND mischt sich ein. Weil es um viel geht.

(BV) – Ein Herzstück unseres Engagements zur Bundestagswahl ist der BUND-KandidatInnen-Check: Wir haben allen DirektkandidatInnen der im Bundestag vertretenen Parteien drei Fragen zu den Themen Laufzeitverlängerung, Neubau von Kohlekraftwerken und Gentechnik gestellt. Rund ein Drittel der KandidatInnen hat bislang geantwortet. Ebenfalls rund ein Drittel der BUND-Gruppen in den 299 Wahlkreisen hat die Chance genutzt, die drei bundespolitischen Fragen um wahlkreisbezogene Fragen zu ergänzen.

In der letzten Juni-Woche geht der KandidatInnen-Check online. Umweltpolitisch Interessierte erhalten so die Möglichkeit, sich über die KandidatInnen in ihrem Wahlkreis zu informieren und mit ihnen Kontakt aufzunehmen. Der Bundesverband wird die Antworten themen-, partei- und landesbezogen auswerten und unter anderem danach fragen, ob DirektkandidatInnen von der Parteilinie abweichen. Unter den ersten Antworten finden sich bereits solche Abweichungen – etwa bei KandidatInnen von Union und SPD, die gegen den Neubau von Kohlekraftwerken sind.

Der KandidatInnen-Check kann problemlos von Landesverbänden und Gruppen in den eigenen Auftritt eingebunden werden und bietet eine gute Möglichkeit, während der Wahlkampfwochen mit einem interessanten Angebot aufzuwarten.

Bei der Bundestagswahl wird darüber entschieden, ob mit der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke unsere Sicherheit gefährdet und künftige Generationen mit noch mehr Atommüll belastet werden. Deshalb ist Atompolitik zentral für unsere Wahlkampf-Aktionen. Wir werden zusammen mit Landesverbänden dort öffentlich gegen Laufzeitverlängerung auftreten, wo AKW stehen, die in dieser Legislaturperiode hätten abgeschaltet werden sollen bzw. in den nächsten vier Jahren vom Netz gehen sollen. Wir haben einen »Klimaexpress« gegen Atomkraft aufgelegt und ein neues Faltpapier produziert – zu sehen und zu bestellen auf www.bund.net. Vor der Sommerpause gehen ein Anti-Atom-Spot und das Spiel »Schütze Dein Atomkraftwerk« online. Viele gute Gründe, in den nächsten Monaten www.bund.net aufzurufen.

Kontakt: norbert.franck@bund.net

Neue Eigendarstellung

(BV) – Wofür steht der BUND? Was ist sein Anliegen? Wie und wo setzt er sich für Natur und Umwelt ein? »Unabhängig, kompetent, vor Ort und weltweit« – so lautet die Unterzeile eines neuen Faltpapiers, mit dem der BUND sich und seine wichtigsten Projekte und Publikationen kurz vorstellt. Nutzen Sie es für Ihre Mitglieder- und Spendenakquise – reichen Sie es an Menschen weiter, die etwas für Natur und Umwelt tun wollen und für ihr Engagement die Unterstützung eines erfolgreichen Umweltverbandes suchen.

Sie erhalten das Faltpapier kostenlos im BUNDladen, ☎ 030/27586-480, Fax: -466, bundladen@bund.net, www.bundladen.de



Zukunftsfähiges Deutschland

Neuer Denk- und Schaustoff

(BV) – Es ist nie zu spät – für eine gute Kurzfassung der Studie »Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt«. Jetzt liegt sie vor und heißt »Wegmarken für einen Kurswechsel«. Auf knapp 40 Seiten komprimiert sie sachkundig die über 600 Seiten der Studie. Eine englische Version dieser Kurzfassung ist ab Juli erhältlich. Dann sind unter www.zukunftsfahiges-deutschland.de auch französische, spanische und portugiesische Kurzfassungen herunterzuladen. In der Kurzfassung sind Hinweise auf weitere Materialien zu finden, die bei unseren Partnern »Brot für die Welt« und Evangelischer Entwicklungsdienst zu beziehen sind.

Gruppen, die Veranstaltungen zu einem zukunftsfähigen Deutschland planen, können mit der kleinen BUND-Ausstellung »Leitbilder für einen Kurswechsel« visuell punkten (mehr dazu in der Rubrik »Material« auf www.bund-intern.net).

Eine große Ausstellung haben unsere Partner produziert. Auf dem Evangelischen Kirchentag in Bremen hatte sie Premiere – und fand großen Zuspruch. Die Ausstellung »Ich packe meinen Koffer« steht ab Spätsommer auch den BUND-Gruppen zur Verfügung. Mehr dazu in der Septemberausgabe der BUNDSchau.

Kontakt: norbert.franck@bund.net



KlimaKochbuch entwickelt

Einkaufen, kochen, genießen ...

(BJ) – Während Kanzlerin und Umweltminister herumdiskutieren, was sie nun endlich gegen den Klimawandel tun wollen, kommt ein Thema nicht auf den Tisch: das Essen. Mit über 20 Prozent Anteil an den globalen Treibhausgasemissionen erhitzt es kaum die Gemüter, die Atmosphäre aber noch stärker als der Verkehr. Das ist schade, denn mit ein paar Kniffen trägt das eigene Lieblingsgericht zur Rettung unseres Lieblingsplaneten bei. Mit weniger Tierprodukten, mehr Bio, weniger globaler Einfalt und mehr regionaler Vielfalt wird Kochen gegen die globale Erwärmung zur vielleicht schönsten Zutat für den Klimaschutz.

Das KlimaKochbuch der BUNDjugend – Erscheinungstermin: 10. September – liefert alltagstaugliche Rezepte, die auf die Vielfalt regionaler und saisonaler Bioprodukte setzen und auch ohne Fleischberge oder Flugmangos kulinarisch auf der Höhe der Zeit sind. Gewürzt sind sie mit fundierten Beiträgen von Klimaexperten und einfachen Tipps für mehr Nachhaltigkeit.

Balz u.a., BUNDjugend (Hrsg.): Das KlimaKochbuch. Klimafreundlich einkaufen, kochen und genießen, 2009. 12,95 Euro, 128 S., 50 Farbfotos, Kosmos-Verlag



Gefährliche Brandung

Auf der Flucht vor dem Klimawandel

(BJ) – Im Dezember entscheiden die Staats- und Regierungschefs in Kopenhagen über das Kyoto-Nachfolgeabkommen und damit über die Zukunft unseres Planeten. In Bonn haben die UN-Klimaverhandlungen mit einer Reihe von Vorbereitungstreffen bereits begonnen. Das Thema Klimaflüchtlinge darf bei den laufenden Verhandlungen für ein neues Weltklimaabkommen nicht länger ausgespart werden. In Ozeanien sind schon heute mit Tuvalu und Kiribati zwei Staaten durch den Anstieg des Meeresspiegels vom Untergang bedroht. Infolge des Klimawandels könnte bald Millionen Menschen das Wasser bis zum Halse stehen.

Kriege sowie Nahrungs- und Wasserknappheit machen schon jetzt viele Menschen (v.a. in Afrika) im eigenen Land zu Vertriebenen. Der Klimawandel verschärft diese Situation drastisch. Die Existenzgrundlage von Millionen Menschen ist bedroht: Ihre Heimat versinkt im Meer, wird überflutet oder von Wirbelstürmen zerstört; sich ausbreitende Wüsten, Dürren, Flächenbrände und Wasserknappheit zwingen sie zur Umsiedlung. Über 20 Mio. Menschen fliehen bereits vor den Folgen des Klimawandels. Innerhalb der nächsten 30 Jahre könnten es (lt. Uno) 200 Mio. sein, die ihre Heimat wegen der Klimaveränderung verlassen müssen.

Der Klimawandel wird nicht dort verursacht, wo er seine verheerenden Folgen zeigt. Während die Industrienationen durch ihren unverhältnismäßigen Ausstoß von Treibhausgasen für die menschengemachte Erderwärmung verantwortlich sind, leiden die Ärmsten der Armen unter den Folgen. Klimaflüchtlinge sind im Asylrecht und der Genfer Flüchtlingskonvention nicht anerkannt. Eine zerstörte Umwelt gilt nicht als Fluchtursache.

Deswegen fordert die BUNDjugend mit einer Online-Kampagne Frau Merkel auf, Verantwortung bei den UN-Klimaverhandlungen in Bonn und Kopenhagen zu übernehmen, die betroffenen Regionen bei der Anpassung an den Klimawandel finanziell und durch Technologien zu unterstützen und alles daran zu setzen, dass:

1. Klimaflüchtlinge in die Genfer Flüchtlingskonvention aufgenommen werden,
2. eine Reduktion der CO₂-Emissionen bis 2020 um 40% und bis 2050 um 100% festgesetzt wird und
3. reiche Länder ihre Klimaschulden bezahlen.

Jenny Blekker

Die Protest-E-Mail an Frau Merkel, einen tollen Film und weitere Informationen gibt es auf www.bundjugend.de/protest.

*Online-Aktionen***Naturschutzrecht sichern und CO₂-Speicherung verhindern**

(BV) – In Bundesrat und –tag stehen kurz vor der Sommerpause und dem Bundestagswahlkampf Richtungsentscheidungen für Natur- und Klimaschutz an.

Naturschutz nur noch auf Zeit und nach Kassenlage?

Bekommen wir bei der Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatschG) ein halbwegs akzeptables Naturschutzrecht? Oder gelingt es einer Koalition ewig Gestriger, die Zerstörung der Natur noch zu erleichtern und privaten Gewinninteressen Vorrang vor Interessen der Allgemeinheit, vor dem Schutz von Arten und Biotopen zu verschaffen? Mit dem Scheitern des Umweltgesetzbuches ist die Chance, den Natur- und Umweltschutz rechtlich zukunftsfähig zu gestalten und gleichzeitig Bürokratie abzubauen, leichtfertig verspielt worden. Alarmierend ist, wie Teile der Regierungsfraktion und einige Bundesländer nun versuchen, die Diskussion um die Neufassung des BNatschG zu nutzen, um das deutsche Naturschutzrecht weiter zu schwächen.

Keine Steuergelder für riskante CO₂-Endlagerung!

Die Stromkonzerne wollen CO₂ unterirdisch entsorgen und so ihren Kohlekraftwerken einen grünen Anstrich geben. Ob die Technik zur CO₂-Abscheidung und Speicherung (engl. CCS) funktioniert, weiß niemand. Deshalb wollen sich die Energiekonzerne der Risiken dieser unerprobten Technologie entledigen. Geht es nach ihnen und dem aktuellen Gesetzentwurf, soll die Allgemeinheit für die unabsehbaren Folgekosten haften. Wenn die Konzerne die überflüssige und teure CCS-Technologie wollen, müssen sie die Kosten selber tragen. Steuergelder für echten Klimaschutz, nicht für die Feigenblätter der Kohle-Lobby!

BUND macht Druck

Der BUND hat die Bundesregierung und die Ministerpräsidenten der Länder aufgefordert, eine weitere Aufweichung des Naturschutzrechts und die unterirdische Endlagerung von CO₂ zu verhindern. Tausende Menschen haben sich im Internet diesen Aufrufen bereits angeschlossen und die Große Koalition in Berlin bzw. den Ministerpräsidenten ihres Landes angeschrieben.

Bevor Bundestag (18. Juni) und Bundesrat (10. Juli) abschließend entscheiden, gilt es weiter Druck zu machen. Sie können die Aktionen unterstützen, indem Sie auf Ihren Internetseiten bzw. über Ihre Verteiler informieren. Informationen, Banner und Mobilisierungstexte finden Sie unter »www.bund.net/natur-braucht-schutz« bzw. »www.bund.net/ccs-gesetz-stoppen«.

Tine Jäger, kristin.jaeger@bund.net



Heinz Ratz im Bodensee, begleitet von BUND-Aktiven.

*Flusstour gestartet***1 000 km durch deutsche Flüsse**

(BV) – Mit einem fulminanten Auftakt in Lindau am Bodensee begann am 20. Mai die Schwimm- und Konzerttour des Musikers Heinz Ratz. Der BUND ist Partner der Tour, die auf das Artensterben in und an den blauen Lebensadern hinweisen will. Insgesamt will Ratz 1 000 km durch deutsche Flüsse schwimmen, bis zu 20 km pro Tag. Bei abendlichen Benefizkonzerten werden Spenden für lokale und überregionale BUND-Projekte gesammelt.

Seine ersten 20 km schwamm der Liedermacher und Poet durch den Bodensee, begleitet und gepflegt von der Lindauer BN-Gruppe. Anschließend reichte die Kondition noch für das Pressegespräch und das Konzert, das er abends zusammen mit Konstantin Wecker gab. Mehr als 250 Besucher spendeten über 1 100 Euro für den BUND. Auch Hubert Weiger zeigte sich begeistert vom Auftakt der Tour und wird sie weiter unterstützen.

Bisher schwamm und sang Heinz Ratz mit seiner Band »Strom & Wasser« und prominenten Künstlern für den Schutz der Flüsse in 17 Städten – darunter Ulm, Mainz, Köln, Bonn, Düsseldorf und Koblenz. Viele BUND-Aktive unterstützten ihn, kümmerten sich um Verpflegung, organisierten Begleitboote oder schwammen selbst mit. Sie informierten Schaulustige und Konzertbesucher über aktuelle BUND-Projekte und sammelten Spenden.

Das Interesse der Öffentlichkeit an der Tour wächst stetig. Zu den Konzerten kommen immer mehr Besucher, auch die Presse berichtet regelmäßig. Damit das so bleibt und das Projekt noch an Fahrt gewinnt, rufen wir alle BUND-Aktive an den nächsten Stationen dazu auf, die Flusstour zu unterstützen. Schließlich warten auf Heinz Ratz noch über 600 Flusskilometer. Bis Mitte August will er in über 30 Orten Station machen und abends Konzerte geben. Er ist dabei auf die Unterstützung der BUND-Gruppen angewiesen. Lassen auch Sie sich von der Idee begeistern und machen Sie mit!

Auf www.bund.net/flusstour oder www.flussprojekt.de finden Sie die aktuellen Termine, Tourberichte mit Fotos, Details zu den Schwimmstrecken und vieles mehr. BUND-Kontakt: Christiane Bohn, ☎ 030/27586-496, christiane.bohn@bund.net

*Hormonelle Schadstoffe***... führen zu Artensterben**

Ein neues BUND-Faltblatt macht deutlich, welches Gefahrenpotenzial hormonaktive Substanzen für Tiere und letztlich auch für Menschen bergen.

(BV) – Jede vierte Säugetierart ist vom Aussterben bedroht. Auch für viele Fische, Vögel und Reptilien sieht die Zukunft nicht gut aus. Eine umso größere Rolle spielt daher die Fortpflanzungsfähigkeit der Tiere – doch diese ist durch hormonell wirkende Chemikalien bedroht. Eine ganze Reihe von Altlasten wie PCBs und Dioxine, aber auch neue Schadstoffe wie bromierte Flammhemmer, Kunststoff-Weichmacher und diverse Pestizide stehen im Verdacht, in das Hormonsystem einzugreifen. Mit weitreichenden Folgen: Beobachtet werden etwa drastisch verringerte Testosterongehalte bei Lurchen, Verhaltensänderungen bei Vögeln, Zwitterbildungen bei Fischen oder häufige Unfruchtbarkeit und Fehlgeburten bei See-hunden. Die Konsequenz: verringerte Geburtenraten bei vielen Tierarten, deren ohnehin geschwächte Populationen sich nicht mehr erholen können.

Lange wurden diese Effekte übersehen, doch die Beweislast wird immer erdrückender. Und Schäden wie Hodenhochstand bei der Geburt sowie verringerte Spermienzahl und Hodenkrebs im späteren Leben finden sich vermehrt auch beim Menschen.

Deshalb muss die Politik handeln. Stoffe, die hormonell aktiv sind, sich nicht abbauen und über die Lebenszeit zu immer höheren Konzentrationen im Körper anreichern, sollten nicht mehr eingesetzt und durch sichere Alternativen ersetzt werden. Das neue europäische Chemikaliengesetz REACH (Registrierung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien) bietet dafür gute Ansätze. Diese gilt es aber auch konsequent zu nutzen – damit sich der Mensch niemals selbst auf die Rote Liste setzen muss.

*Vereinte Nationen***Mehr gefährliche Chemikalien verboten**

(BV) – Die Vereinten Nationen haben im Mai beschlossen, neun weitere Chemikalien auf die Verbotliste der Stockholm-Konvention zu setzen. Bislang waren im Rahmen des Übereinkommens bereits zwölf Stoffe (das »dreckige Dutzend«) verboten worden. Zu den neuen – weltweit verbotenen – Stoffen gehören mehrere Pestizide (wie Lindan), mehrere bromierte Flammenschutzmittel und verschiedene Fluorchemikalien (PFT), die sich u. a. in Textilien und Küchenutensilien als wasser- und fettabweisende Beschichtung finden. Die nun verbotenen Stoffe bauen sich in der Umwelt kaum ab, sind weltweit in der Atmosphäre verbreitet und verursachen Langzeitschäden sowie Schäden für die nächste Generation.

Besonders hervorzuheben: Die weltweiten Verbote umfassen erstmals auch Chemikalien, die noch maßgeblich Anwendung finden. Ein Wermutstropfen sind allerdings die langen Übergangsfristen und Ausnahmeregelungen für Flammhemmer und Fluorchemikalien. Trotz dieser Einschränkungen ist der UN-Beschluss ein großer Erfolg für den internationalen Umwelt- und Verbraucherschutz. Auch für Hersteller anderer gefährlicher Stoffe ist das Verbot ein klares Signal, nach sicheren Alternativen zu suchen. Denn der BUND wird sich nicht nur für eine effektive Umsetzung der neuen Verbote, sondern auch für die Einbeziehung weiterer Chemikalien in die Stockholm-Konvention einsetzen.

*Mogelpackung***Vorsicht vor giftigen Produkten**

(BV) – Mit dem neuen Verbraucherfragerecht unter REACH können Sie nun endlich Produkte vermeiden, die giftige Chemikalien enthalten. Diese sind in vielen Alltagsprodukten versteckt und stehen in Zusammenhang mit verschiedenen Krankheiten wie Allergien, Asthma, Lenschwäche, Diabetes, Krebs, Endometriose, Parkinson und Unfruchtbarkeit. In welchen Produkten finden sich solche Stoffe, welche sind frei davon? Dank des neuen Auskunftsrechts der Europäischen Union können Sie selbst entscheiden, ob Sie auf Produkte mit solchen Chemikalien verzichten wollen. Es liegt in Ihrer Hand, ob Sie von Ihrem Recht Gebrauch machen!

In unserem neuen Falblatt »Wie viel Chemie kaufen wir euch ab?« erfahren Sie, wie das geht.



Bezug der drei neuen Falblätter unter ☎ 030/27586-469, Fax -440, info@bund.net; Gratis-Download unter www.bund.net/publikationen; weitere Informationen unter www.bund.net/chemie

Was eigentlich ist Nanotechnologie?

(BV) – Das neue BUND-Faltblatt »Nanotechnologie im Alltag« zeigt kurz und knapp, wo Sie es mit Nanoprodukten zu tun haben. Socken, die nie stinken, Lebensmittel, deren Vitamingehalt den Körper überfordert, Hemden, von denen selbst Rotwein abperlt, Obst, das auch nach Wochen in der Frischhaltebox wie eben gepflückt aussieht, Teddybären, die Bakterien töten, und unzerbrechliche Tennisschläger – das alles bringt uns die neue Nanowelt.

Weil die Nanotechnologie so vielseitig zum Einsatz kommt, wird sie auch als Plattformtechnologie bezeichnet. Welche Produkte bereits die winzigen Teilchen enthalten, bleibt VerbraucherInnen aber verborgen, da es keine Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht gibt.

Chemikalien, künstlich auf Nanogröße verkleinert, haben jedoch völlig andere Eigenschaften als dieselben Stoffe in größerer Form. Daher können sie auch neue Risiken für Umwelt und Gesundheit bergen. Informieren Sie sich genauer und bestellen Sie das neue BUND-Faltblatt »Nanos überall – Nanomaterialien im Alltag«.

Nanotechnologie

... im internationalen Fokus

(BV) – Genf war im Mai nicht nur Schauplatz der Verhandlungen um eine Ausweitung der Stockholm-Konvention. Auch das Thema Nanotechnologie stand dort im Fokus der zweiten Internationalen Konferenz für Chemikalienmanagement (ICCM). Vorausgegangen war letztes Jahr ein Beschluss auf dem Forum für Chemikaliensicherheit in Dakar, wonach bei Nanomaterialien das Vorsorgeprinzip Anwendung finden und Länder das Recht haben sollten, die neue Technologie abzulehnen.

Leider reichen die Ergebnisse von Genf nicht an die Beschlüsse von Dakar heran. Besonders bezeichnend für die Genfer Verhandlungen waren die Bestrebungen der Industrieländer, die Diskussion um das Thema Nanotechnologie möglichst in OECD-Händen zu halten. Damit wären Entwicklungsländer von der weiteren Debatte ausgeschlossen worden. Daher muss es schon als Teilerfolg gelten, dass am Ende beschlossen wurde, das Thema innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft weiter zu verbreiten. Dafür sollen bis zur nächsten ICCM-Tagung in drei Jahren diverse regionale Workshops stattfinden. Zudem ist ein Bericht über mögliche Folgen der Nanotechnologie in Entwicklungsländern beschlossen worden. Weiter reichende Vorschläge von NGOs und Entwicklungsländern fanden bisher leider keine Mehrheit.

EU-Parlament für Regulierung

(BV) – Obwohl es auf dem Markt bereits viele Produkte gibt, die Nanomaterialien enthalten, fehlen klare Gesetze für ihre Kontrolle – ein untragbarer Zustand. Da die Anwendung von Nanomaterialien weiter stark zunehmen wird, muss der Gesetzgeber schnell handeln. Jetzt fordert auch das EU-Parlament von der Kommission, für eine umfassende Regulierung zu sorgen und binnen zwei Jahren alle Gesetze so zu überarbeiten, dass der Einsatz von Nanomaterialien besser kontrolliert werden kann.

Dabei soll das Prinzip »Keine Daten, kein Markt« gelten: Produkte dürfen nur verkauft werden, wenn Daten über ihre Sicherheit vorliegen. Zudem soll eine Liste von Nanoprodukten veröffentlicht und diese künftig gekennzeichnet werden. Der BUND begrüßt den Beschluss, der viele Forderungen von Umwelt- und Verbraucherverbänden sowie Gewerkschaften aufgreift.

Neue Kosmetikverordnung

In der neuen EU-Kosmetikverordnung werden erstmalig Nanoprodukte speziell berücksichtigt. So ist die Verwendung von Nanomaterialien künftig an die EU-Kommission zu melden und der Gebrauch im Verzeichnis der Inhaltsstoffe mit dem Zusatz »Nano« zu deklarieren. Für bestimmte Anwendungen wird eine gesonderte Sicherheitsbewertung vorgeschrieben. Das ist erfreulich. Allerdings ist die Definition dessen, was als »Nano-Stoff« angesehen wird, sehr eng gefasst, es werden nur unlösliche oder langlebige Nanomaterialien bis 100 nm erfasst. Stattdessen fordert der BUND alle Partikel bis zu 300 nm einzubeziehen. Zudem wird das neue Gesetz erst 2012 in Kraft treten. Nanokosmetika aber sollten zum Schutz von Umwelt und Verbrauchern erst vermarktet werden dürfen, wenn das neue Recht auch greift.

Nanolebensmittel künftig besser erfasst

Nanolebensmittel sollen nach einem Vorschlag des Europaparlaments nur noch nach spezieller Prüfung auf den Markt gelangen. Da es die Testverfahren dafür noch nicht gibt, würde dies vorläufig ein Anwendungsverbot bedeuten – Experten schätzen für bis zu 15 Jahre. Nanolebensmittel sollten zudem als solche gekennzeichnet werden. VerbraucherInnen könnten so endlich selbst entscheiden, ob sie Nanoprodukte kaufen wollen. Damit entsprechende Regelungen wirklich Gesetz werden, müssen allerdings noch EU-Rat und Kommission zustimmen. Der BUND begrüßt den Vorstoß des Parlaments und fordert die Bundesregierung auf, den Parlamentsbeschluss bei den Verhandlungen im Rat zu unterstützen.

Mehr zur Novel-Food-VO:

www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/nanotechnologie/20090508_nanotechnologie_novel_food_verordnung_hintergrund.pdf

Mehr zur EU-Kosmetik-VO:

www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/nanotechnologie/20090129_nanotechnologie_kosmetikverordnung_forderungen.pdf

Die Folgen des Klimawandels

Ein neues Konzept für die Begründung von Verbandsklagen?

(AK Recht) – Die Bundesregierung hat am 17.12.2008 eine Stellungnahme zu den derzeit bekannten Auswirkungen des Klimawandels und den Möglichkeiten zur Begrenzung der Folgen beschlossen, Titel: »Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel«. Der Inhalt bietet Material zur Vertretung von BUND-Positionen in Stellungnahmen und Begründungen zu Verbandsklagen. Es fehlt aber ein Konzept für die rechtliche Durchsetzung von Maßnahmen zur Begrenzung der Folgen des Klimawandels. Auch bleibt der Verfassungsauftrag aus Artikel 20a GG (Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen) unerwähnt.

Nun sind die Umweltverbände gefordert: Die Anpassungsstrategie der Bundesregierung beinhaltet kein Konzept, um die darin beschriebenen Ziele der Regierung umzusetzen. Mithilfe der Bestimmungen des EG-Rechts und nationaler Verfassungsregelungen müssen daher ein rechtliches Rahmenkonzept entwickelt und die daraus resultierenden Klagemöglichkeiten gegenüber dem Gesetzgeber ausgeschöpft werden.

Klaus Roth-Stielow vom BUND-Arbeitskreis Recht hat die rechtlichen Spielräume und neuen Begründungsmöglichkeiten, die sich hier für Verbandsklagen bieten, ausführlich analysiert. Er bietet in seiner Analyse BUND-Gruppen und engagierten AnwältInnen Vorschriften, Leitsätze und Begründungen an, mit denen ein neues Klagekonzept möglich ist. Dabei macht er deutlich, dass die Folgen des Klimawandels in einer ohnehin belasteten Umwelt das Gewicht des Umweltschutzes als Verfassungsnorm stärken. So kann die Planung und Genehmigung von Eingriffen und weiteren Belastungen nur dann zulässig sein, wenn dafür ein zwingender, also existentiell-lebensnotwendiger Bedarf aus überwiegenden Gründen des Allgemeinwohles besteht. Die Umweltverbände müssen daher eine neue Prüfmethodik anwenden, die Klaus Roth-Stielow vorstellt. Das heißt: mehr Vorprüfungsarbeit leisten, damit das Prüfergebnis in den Stellungnahmen der Verbände konkret skizziert werden kann.

Das neue Konzept für die Begründung von Verbandsklagen bietet brisante Aspekte, sollte aber von den Umweltverbänden riskiert werden. Denn die Bundesregierung lässt deutlich erkennen, dass Natur- und übriger Umweltschutz gegen Artikel 20a GG entweder »verwässert« wird oder erst an letzter Stelle zu beachten ist.

Den kompletten Text zum neuen Klagekonzept finden Sie auf www.bund-intern.net/interne_serviceseiten/verbandsleben;
Kontakt und weitere Informationen: Klaus Roth-Stielow (AK Recht),
☎ 07433/9990975

Geplante CO₂-Verpressung

Betroffene leisten Widerstand

(BBG) – Obwohl der Gesetzentwurf zur Abscheidung, zum Transport und zur dauerhaften Lagerung von Kohlendioxid noch nicht verabschiedet wurde, wird in Brandenburg bereits die Verpressung von CO₂ im Untergrund vorbereitet. Im Raum Birkholz-Beeskow (Landkreis Oder-Spree) und Neutrebbin (Landkreis Märkisch Oderland) wurden Erkundungsarbeiten beantragt.

Dort soll das Kohlendioxid aus dem ab 2015 ans Netz gehenden Modellkraftwerk in Jänschwalde verpresst werden. Brandenburgs Landesregierung will die Klimaschutzziele im Wesentlichen mit Hilfe der CCS-Technologie (Carbon Capture and Storage) erreichen. Vattenfall möchte sogar alle CO₂-Emissionen der Lausitzer Kraftwerke in den brandenburgischen Lagerstätten verklappen. Damit würde eine CO₂-Altlast für viele Folgegenerationen entstehen. Zudem ist ein Netz aus Pipelines nötig, das viele Naturräume zerschneiden würde.

Der BUND Brandenburg spricht sich gegen diese Pläne aus. Sie sollen es ermöglichen, weitere Kohlekraftwerke zu bauen und neue Tagebaue zu erschließen. Dies bedeutet die Zerstörung von Natur und Landschaft und die Umsiedlung weiterer Dörfer. Erstens kann bis jetzt niemand mit ausreichender Sicherheit sagen, ob die Einlagerung von Kohlendioxid wirklich funktioniert. Zweitens errechnete das Bundesumweltministerium in der Leitstudie 2008, dass CCS zu einem Verfehlen der Klimaschutzziele bis 2050 führt. Drittens blockiert CCS die Entwicklung der regenerativen Energien: Die Großkraftwerksstruktur, die für den Einsatz von CCS nötig ist, verhindert eine dezentrale Energieversorgung. Und die unterirdische CO₂-Lagerung soll Vorrang vor anderen Nutzungen (Geothermie, Energiezwischenspeicher) erhalten.

Es ist unklar, ob das CO₂ tatsächlich langfristig im Gestein verbleibt. Es könnte sich in Senken sammeln und führt bei einer Konzentration von 8% in der Luft innerhalb einer Stunde zum Ersticken. Die Alternative wäre, ab 2020 das Kraftwerk Jänschwalde nach und nach abzuschalten. Die wegfallende Strommenge kann durch erneuerbare Energie und Energieeffizienz ersetzt werden.

Bürgermeister und Amtsdirektoren lehnen das Vorhaben ab. In den betroffenen Orten haben sich Bürgerinitiativen gebildet (siehe auch die CCS-Onlinekampagne des BUND unter »Aktionen«).

BUND-Landesgeschäftsstelle Brandenburg, ☎ 0331/23700-141,
bund.brandenburg@bund.net

Aktionen gegen die Atomenergie

(BW) – In Baden-Württemberg gibt es vier Atomkraftwerke, die bereits vom Netz sein müssten oder in der nächsten Legislaturperiode stillgelegt werden. Der BUND BW hat daher den Atomausstieg 2009 zu einem Schwerpunkt gemacht. Mit vielen Aktionen wird Druck auf die politisch Verantwortlichen ausgeübt: gegen Laufzeitverlängerungen und für den sofortigen Atomausstieg!

Mit einem Argumentationstraining schult der Landesverband BUND-Aktive, überzeugend gegen Atomenergie und für die Energiewende zu argumentieren. Die TeilnehmerInnen sind damit gut gerüstet, egal ob an Infoständen oder bei Wahlveranstaltungen. Dort gilt es in diesem Jahr besonders Präsenz zu zeigen: Politpromis müssen, egal wo sie auftreten, mit den Argumenten des BUND konfrontiert werden. Deshalb gibt es »BUND-Botschafter« in möglichst vielen Wahlkreisen, die vor Ort helfen, lokale Aktivitäten zu koordinieren. Den optischen Auftritt unterstützt die Atomlaufzeituhr des Bundesverbandes, die schon mehrfach für Aktionen in Baden-Württemberg gebucht ist, sowie ergänzende Banner, Plakate und kreative Aktionen vom Landesverband.

Anti-Atom

Dem Protest viele Gesichter geben

(BW) – Der BUND ruft zur Beteiligung an großen Anti-Atom-Demonstrationen auf. Bereits Ende April zum Jahrestag der Tschernobylkatastrophe fand in Neckarwestheim eine gut besuchte Protestveranstaltung mit BUND-Beteiligung statt. Als zentraler Termin des landesweiten Widerstandes ist die Großkundgebung am 4. Juli gleichorts vorgesehen (ab 13:30 Uhr am Bahnhof Kirchheim/Neckar). Als prominente Redner haben u.a. die Stromrebellin Ursula Sladek und der taz-Kolumnist Martin Unfried zugesagt. Über www.endlich-abschalten.de und www.bund-bawue.de lassen sich weitere Informationen abrufen. Die Proteste werden von einem breiten Bündnis organisiert, was zeigt, auf welchem solidem Fundament die Anti-Atom-Bewegung im Land steht. Passend dazu tritt der BUND BW als Unterstützer der von der EWS Schönau initiierten Anti-Atomkampagne auf.

Neben den lokalen und regionalen Aktivitäten beteiligt sich der Landesverband auch an den bundesweiten Aktionen. Für die Demo am 5. September in Berlin wird kräftig geworben, und gemeinsam mit den Regionalverbänden bieten wir Busfahrten in die Hauptstadt an.

Weitere Infos: www.bund-bawue.de/atomenergie

BUND RLP schult Stromsparhelfer

(RLP) – Steigende Energiekosten belasten Haushalte mit geringem Einkommen unverhältnismäßig stark. Diese beim Stromsparen zu unterstützen, ist das Ziel des Projektes »Stromspar-Check« von Caritas Warenkorb Kaiserslautern und BUND Rheinland-Pfalz.

Im April und Mai 2009 schulte der BUND sechzehn Stromsparhelfer, meist Langzeitarbeitslose. Dabei lernen sie neben Grundsätzlichem zur Stromproduktion vor allem die unterschiedlichen Geräte im Haushalt kennen und übten deren Stromverbrauch zu bewerten. Nach Abschluss der Schulung sollen sie nun möglichst viele interessierte Haushalte in Kaiserslautern aufsuchen, um dort einen Stromspar-Check durchzuführen. Dabei werden sie über Befragung und Messung die jeweils größten Stromverbraucher aufspüren und Empfehlungen zum Stromsparen geben. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf Maßnahmen, die keine Kosten verursachen.

Teilnehmende Haushalte erhalten zudem kostenlos ein Starterset mit Energiesparlampen und Steckerleiste, um Stand-by-Stromverbrauch zu vermeiden. Das Einsparpotenzial beträgt pro Haushalt meist 10 bis 20%.

Die Haushalte können so ihre finanzielle Situation verbessern und gleichzeitig zum Klimaschutz beitragen. Die Stromsparhelfer wiederum werden durch das Projekt an den ersten Arbeitsmarkt herangeführt. So werden soziale und umweltpolitische Ziele erreicht. Eine Ausweitung des Programms auf andere Orte in Rheinland-Pfalz ist geplant.

BUND Rheinland-Pfalz, Ansprechpartner: michael.ullrich@bund-rlp.de



Michael Ullrich vom BUND mit Stromsparhelfern an einem Stromzähler.

*Friends of the Earth International***Fotowettbewerb Biodiversität**

(BV) – Das weltweit größte Umweltnetzwerk Friends of the Earth International (FoEI), dem auch der BUND angehört, hat 2009 wieder zur Teilnahme an einem internationalen Fotowettbewerb aufgerufen. In diesem Jahr lautete das Motto »Biodiversität«.

FoEI setzt sich für eine friedliche Welt ein, in der Menschen in Eintracht mit der Natur leben. Der Schutz der Biodiversität stellt einen wichtigen Bestandteil dieser Arbeit dar. Über 1200 Fotos aus 79 Ländern wurden in den Kategorien »Verlust der Biodiversität« und »Erhaltung der Biodiversität« eingereicht. Das Feld der Teilnehmer war bunt gemischt – Profis und Hobbyfotografen zwischen 11 und 73 Jahren beteiligten sich am Wettbewerb.

Das Siegerfoto der Kategorie »Erhaltung der Biodiversität«, aufgenommen von Ashok Nath Dey aus Indien, zeigt die Freilassung eines bengalischen Tigers in den Sundarbans, dem größten Mangrovenwald der Erde. Die Sundarbans bieten vielen bedrohten Tierarten – und Pflanzen – einen letzten Rückzugsort.

Auch in der Kategorie »Verlust der Biodiversität« gewann ein indisches Foto. Prakesh Hatvalne zeigt einen indischen Salzarbeiter aus der Provinz Gujarat beim Sammeln von Feuerholz. Salzarbeiter und deren Familien haben in Indien nur begrenzt Zugang zu sauberem Trinkwasser, Bildungseinrichtungen und dem staatlichen Gesundheitswesen.

Die besten Bilder – zu sehen unter www.foei.org/en/get-involved/photo/winners2009 – werden auf verschiedenen Veranstaltungen präsentiert und mehrfach veröffentlicht – u.a. im Friends-of-the-Earth-Kalender 2010 und in einer internationalen Fotoausstellung.

Die Gewinner der Kategorien »Erhaltung ...« (unten) und »Verlust der Biodiversität« (u. rechts).

*Europawahl***Licht und Schatten**

(BV) – Die Europäische Union hat gewählt! Hat sie wirklich gewählt? Nein. Als am Sonntag, dem 7. Juni, Europawahltag war, ging weniger als die Hälfte der europäischen Wahlberechtigten zu den Urnen. Damit setzt sich ein verheerender Trend fort. Seit den ersten Wahlen 1979 fiel die Wahlbeteiligung von 61,99 auf 43,1%; und das, obwohl Macht und Einfluss des Parlaments im gleichen Zeitraum stetig zunahmen.

Unsere Volksvertreter in Brüssel haben in vielen Fällen ebenso großen Einfluss auf Europas Gesetzgebung wie der aus den Regierungen der Mitgliedsstaaten zusammengesetzte Rat der EU. Gleichzeitig sind die meisten der in Deutschland gültigen Gesetze gerade im Umweltbereich auf EU-Rechtsakte zurückzuführen, die in Brüssel verabschiedet wurden.

Was ist nun vom neuen Parlament zu erwarten? Die konservative Fraktion hat leicht eingebüßt, bleibt jedoch mit 263 Sitzen stärkste Kraft und wird von einer erstarkten Rechten gestützt. Dennoch wird es ihr schwerer fallen, Mehrheiten für ihre industriefreundliche und protektionistische Politik zu organisieren. Denn auch die Liberalen verfügen nur noch über 60 Sitze – 20 Sitze weniger als in der letzten Legislaturperiode. Klare Gewinner sind die Grünen, die als einzige Fraktion Plätze dazu gewonnen haben. Mit 52 Sitzen rangieren sie aber weit hinter Konservativen und Sozialdemokraten (162 Sitze). Ihnen kommt zugute, dass die Fraktionsdisziplin im Europäischen Parlament weit weniger strikt gehandhabt wird als im Bundestag. Oft werden quer zu den Parteilinien Mehrheiten organisiert. So stimmten in der Vergangenheit auch viele konservative Abgeordnete gegen eine Ausweitung der Gentechnik, und eine erhebliche Anzahl Liberaler für ein strengeres Klimagesetz.

Von den vielen neuen Fraktionslosen (94) ist künftig kaum Unterstützung für mehr Umwelt- und Klimaschutz, weniger Gentechnik und mehr Transparenz zu erwarten – sie zählen überwiegend zur extremen Rechten.

Antje von Broock, BUND-Referentin Internationales, ☎ 030/27586-468, antje.vonbroock@bund.net



Kritischer Agrarbericht

Landwirtschaft im Klimawandel

(Ext.) – Die Risiken der Klimawandels werden immer deutlicher und spürbarer. Die Landwirtschaft nimmt hier eine Schlüsselrolle ein. Sie trägt nicht nur in nahezu gleichem Umfang wie der gesamte Verkehrssektor zur Klimabelastung bei. Sie ist als »naturnahe«, Wetter und Klima ausgesetzte Produktionsform auch unmittelbar vom Klimawandel betroffen. »Landwirtschaft im Klimawandel« lautet denn auch der Schwerpunkt des Kritischen Agrarberichts 2009.

Allein 15 der 46 Beiträge sind diesem Thema gewidmet und suchen nach Antworten auf zentrale Fragen: Welche Bedeutung hat der Klimaschutz für die nötige Neujustierung der Agrarpolitik in Deutschland, EU- und weltweit? Wie klimafreundlich ist der EU-Haushalt? Wie schneiden – in Nord wie Süd – die unterschiedlichen Anbausysteme hinsichtlich ihrer Klimabilanz ab? Kommt dem Ökolandbau auch hier eine Leitbildfunktion zu? Sind Milchkühe wirklich »Methanbomben«, die es möglichst bald zu entschärfen gilt – vielleicht gar mithilfe der Gentechnik? Wie groß ist der Klimanutzen regionaler Erzeugung von Lebensmitteln? Schaffen CO₂-Klimalabel für Lebensmittel mehr Transparenz oder sind sie eine weitere Verbrauchertäuschung? Wie können wir unsere Ernährung klimafreundlicher gestalten? Und wie reagieren unsere Mitgeschöpfe auf den Klimawandel: die Tiere in den Ställen und auf der Weide, aber auch die Bäume im Wald? Welche Arten können dem Klimawandel trotzen, welche nicht?

Viele Konzepte und Vorschläge für eine klimafreundlichere Agrar- und Ernährungswirtschaft zeigen, dass die seit vielen Jahren diskutierten Forderungen und konkreten Vorschläge des AgrarBündnisses für einen nachhaltigen, ökologischen Landbau unverändert aktuell sind. Im Gegenteil: Ihre Umsetzung wird immer dringlicher.

Fazit: Der kritische Agrarbericht bietet eine Fülle von Informationen für politische Entscheidungsträger und Multiplikatoren, für interessierte Laien und Praktiker, für Wissenschaft und Verwaltung. Das zeitlose Nachschlagewerk ist in Buchform, als Abo und einzeln erhältlich.

Landwirtschaft 2009 – Der Kritische Agrarbericht, AgrarBündnis (Hg.), 2009. 304 S., 19,80 Euro, Abl Bauernblatt Verlags-GmbH, verlag@bauernstimme.de, www.bauernstimme.de

AgrarBündnis e.V.

Das AgrarBündnis ist ein unabhängiger, überparteilicher und überkonfessioneller Zusammenschluss von derzeit 24 unabhängigen Organisationen aus Landwirtschaft, Umwelt-, Natur- und Tierschutz sowie Verbraucher- und Entwicklungspolitik mit über einer Million Einzelmitgliedern. Die alljährliche Herausgabe des Kritischen Agrarberichts – seit 1993 – ist ein Hauptprojekt des Bündnisses, das außerdem Fachtagungen und Workshops durchführt. ► www.agrarbuendnis.de

Das Energiewunder?

(NRW) – Was RWE, einer der großen deutschen Energiekonzerne, mit seiner Tochter RWE-Innogy unter ökologisch-sinnvoller Nutzung von Holz-Biomasse versteht, ist bei Langscheid im Sauerland zu besichtigen. In mehreren langen Reihen liegen Baumwurzeln zum Trocknen aufgetürmt zu vier bis fünf Meter hohen Bergen; »Woodcrackers« haben sie auf einer vom Orkan Kyrill verheerten Fläche aus dem Waldboden gerissen. Daneben eine auf mehreren Hektar vom Wald befreite Agrarfläche, mit Reihen schnell wachsender Pappeln und Robinien, dazwischen genug Platz für die großen Ernte- und Pflanzmaschinen: In 4 bis 5 Jahren kann geerntet werden.

Das ist für RWE der Stoff, aus dem Biomasse-Energie gemacht wird – Motto: nicht kleckern, sondern klotzen! Immerhin will man nach eigenem Bekunden mehr als zehn, eventuell sogar bis zu 30 solcher Biomassekraftwerke in ganz Deutschland errichten. Doch welche Form von Klimaschutz wird hier eigentlich proklamiert?

Bei den von der NRW-Landesregierung tatkräftig unterstützten energiepolitischen Zielen der RWE sind die Konflikte mit Landesforstgesetzen, dem Bundeswaldgesetz – und mit den Naturschützern – vorprogrammiert. Denn statt nachhaltiger Forstwirtschaft (keine Kahlschläge), Sorge um die Biodiversität (Sicherung der Waldökosysteme) und Schonung der Böden durch schonende Technik wird hier (in einer Art NRW-Probelauf) der Energielobby der »Waldboden-Teppich« ausgelegt.

Der BUND will nun nicht Holz-Biomasse als Energieressource verteufeln, wenn die Nutzung waldschonend erfolgt. Doch hier vernichten die Politik und ein Energiekonzern unter dem Vorwand einer Restholznutzung großflächig Wald (bzw. planen ihn zu vernichten). Daran ändern auch Gerüchte nichts, dass RWE aus rechtlichen Gründen aus dem Geschäft mit den Kurzumtriebsplantagen aussteigen wolle.

Man wird rasch feststellen, dass trotz massiver Lobbyarbeit nicht genügend Waldflächen für diese angeblich umweltschonende Energie vorhanden sind. Und so rücken unsere Agrarflächen immer mehr in den Fokus der Energieerzeuger. Dass die Bauern die gleichen Probleme bekommen werden wie die Waldbesitzer, wird von den Betroffenen meist (noch) verdrängt oder geleugnet. Das schnelle Geld wird sich dann rasch als Desaster entpuppen, weil die Bauern als Verpächter schon nach wenigen Jahren feststellen müssen, dass ihre Böden von den Pappel-Monokulturen ausgelaugt, verdichtet und erosionsgefährdet sind. Dann aber sind sie nicht mehr geeignet für ihre eigentliche Bestimmung: den Anbau von Nahrungsmitteln. Eine vorhersehbare Katastrophe!

Horst Meister, Mitglied im Landesvorstand des BUND NRW und Sprecher des Landesarbeitskreises Wald, Straßen- und Stadtbäume; horst.meister@bund.net

Grenzenlos Natur

Das Grüne Band feiert 20. Geburtstag

(BV) – Ein Jubiläum der besonderen Art feiert Deutschland 2009: Das Grüne Band wird 20 Jahre! Mit dem Fall der Mauer trat der über vier Jahrzehnte entstandene Biotopverbund aus dem Schatten der innerdeutschen Grenzanlagen. Dank des BUND-Engagements ist das Grüne Band heute Nationales Naturerbe und lebendiges Symbol der Überwindung des Kalten Krieges.

Anlässlich des Jubiläums veranstaltete das BUND-Projektbüro Grünes Band mit dem Bundesamt für Naturschutz (BfN) Ende April eine viertägige Pressereise, die in einer Festveranstaltung auf Burg Lenzen (Elbe) gipfelte. Die Fahrt führte viele Journalisten aus ganz Deutschland vom Thüringer Wald und Frankenwald über das Eichsfeld, den Harz und die Altmark bis an die Elbe. Lokal Verantwortliche erläuterten die Naturschutzmaßnahmen und präsentierten wertvolle Offenlandbiotope oder neue Kleingewässer zum Schutz einer vielfältigen Fauna und Flora. Aber auch touristische Angebote für besondere »Grenzerfahrungen« wurden geboten, entwickelt im BfN-Förderprojekt »Erlebnis Grünes Band«. Über 100 Gäste ließen auf der Elbe bei Lenzen Hunderte grüne Luftballons steigen, um zu symbolisieren, wie das Grüne Band Ost und West verbindet. Hochkarätige Vertreter des deutschen Naturschutzes wie BfN-Präsidentin Beate Jessel und Jochen Flasbarth (BMU) lobten den BUND für seinen 20-jährigen Einsatz und seinen langen Atem beim Schutz des längsten nationalen Biotopverbundes.

Viele weitere Veranstaltungen finden im Jubiläumsjahr statt – etwa eine große Ausstellung zum Grünen Band Deutschland und Europa, die für Europas Kulturhauptstadt Linz konzipiert wurde (ab 4. Juli; www.linz09.at). Die Norddeutschen Naturschutztage auf Burg Lenzen behandeln als Schwerpunkt das Grüne Band (2. bis 4. Oktober). Und am »Geburtsort« des Projekts in Hof/BY veranstaltet der BUND am 13. Dezember ein Symposium.

Besuche des Grünen Bandes lohnen sich aber übers ganze Jahr. Vielfältige touristische Angebote laden dazu ein, das Grüne Band – seine Natur, Kultur und Geschichte – hautnah zu erleben (www.erlebnisgruenesband.de).

**Grenzen trennen –
Natur verbindet:
Grünes-Band-Aktion
auf der Elbe.**



BUND-Projektbüro
Grünes Band, Dr. Li-
ana Geidezis, Melanie
Kreutz, ☎ 0911/
818 78-26, gruenesband@bund-naturschutz.de, www.gruenesband.info

Putin-Schröder-Pipeline

Großschutzgebiete bedroht

(BBG) – Mitte April trafen sie sich zuletzt, um Einzelheiten des Baus der Erdgasleitung von Russland nach Deutschland zu besprechen: Russlands Ex-Präsident Putin und Altkanzler Schröder. Eine solche Offshore-leitung ist mit erheblichen Risiken für das Ökosystem der Ostsee verbunden. In Deutschland wird bereits ihre Anbindung an das bestehende Leitungsnetz geplant. Die Leitung von Lubmin in MV nach Olbernhau in SN trägt den Namen OPAL (Ostsee-Pipeline-Anbindungs-Leitung). Die Trassenlänge in M-V und SN beträgt jeweils rund 100 km, in BBG etwa 270 km. Zur Trassenfindung wurden in BBG zwei Raumordnungsverfahren durchgeführt. Besonders in Groß Körös gab es Proteste gegen eine Erdgasverdichterstation im Naturpark »Dahme-Heideseen«. Das Raumordnungsverfahren wurde unterbrochen und die Firma Wingas verpflichtet, ihren Antrag zu korrigieren. Schließlich wurde festgestellt, dass ein anderer Standort besser mit den Zielen der Landesplanung vereinbar ist – ein wichtiger Erfolg für die örtliche Bürgerinitiative.

Im Frühjahr wurden nun die Planfeststellungsverfahren eröffnet. Die Forderung des BUND, eine unabhängige ökologische Baubegleitung unter Einbeziehung der Naturschutzverbände zu etablieren, lehnte Wingas ab. Der BUND und andere Umweltverbände nahmen zu beiden Verfahren umfangreiche Stellung. Viele Naturschutz-, Landschaftsschutz-, FFH- und SPA-Gebiete sind betroffen, die Naturparke Märkische Schweiz, Dahme-Heideseen, Niederlausitzer Heidelandschaft und N'r Landrücken sowie das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin würden zerschnitten. Mit den Erörterungsterminen ist in den nächsten Wochen zu rechnen.

Für die Zukunft ist zu klären, wie der BUND mit solchen länderübergreifenden Planungen umgeht. Durch die Festigung monopolistischer Strukturen wird zudem der Wettbewerb auf dem Erdgasmarkt verhindert. Daher hat der Energieversorger Lichtblick eine Klage gegen einen eventuellen Planfeststellungsbeschluss angekündigt.

BUND-Landesgeschäftsstelle Brandenburg, ☎ 0331/23700-141, bund.brandenburg@bund.net

Korridor der Erdgasleitung JAGAL-Nord im Landkreis Dahme-Spreewald.



Kampagne

Rußfrei fürs Klima

(BV) – Der BUND ist seit Jahresbeginn Mitglied der Verbändekampagne »Rußfrei fürs Klima«. Mit dem Naturschutzbund Deutschland (NABU), der Deutschen Umwelthilfe (DUH) und dem Verkehrsclub Deutschland (VCD) engagieren wir uns beim Thema »Klimawirkung von Dieselruß«. Zusätzlich zu seiner gesundheitsgefährdenden Wirkung trägt Ruß auch zur Erwärmung der Erdatmosphäre und zum schnellen Abschmelzen des Meereises in der Arktis bei. Verkehr ist der weitaus größte Emittent von Dieselruß in Europa.

Im Rahmen der neuen Kampagne geht der BUND vor Ort zu den Brennpunkten des Klima- und Gesundheitsschutzes, nämlich in die Städte: Wie kann der Verkehr hier umweltverträglicher gestaltet werden, indem Rußemissionen von Pkw, Lkw, Baumaschinen und Binnenschiffen (in Hafenstädten auch Seeschiffen) vermindert werden? Wie können gleichzeitig auch emissionsarme und -freie Verkehrsträger wie der Nahverkehr zu einer Reduzierung der Autos in den Städten beitragen und die Städte lebenswerter machen? Der BUND benennt die nötigen politischen Entscheidungen und fordert ihre Umsetzung ein.

Rußpartikel aus Deselemissionen – besonders des Verkehrs – haben im Gegensatz zu den Klimagasen CO₂, Methan oder Ozon nur eine geringe Verweilzeit in der Atmosphäre. Ihre Reduktion führt daher vergleichsweise schnell zu messbaren Erfolgen und ist damit ein unverzichtbarer Baustein für die langfristige Bekämpfung der Erderwärmung.

Im Rahmen der Kampagne finden im Verlauf dieses Jahres etliche Pressekonferenzen in relevanten deutschen Großstädten wie München, Berlin, Hamburg oder Stuttgart statt, unter wechselnder Federführung der an der Kampagne beteiligten Verbände. Auch ein Fachworkshop zur Klimawirksamkeit von Rußpartikeln ist geplant.

Ansprechpartner: Dr. Werner Reh, werner.reh@bund.net,
☎ 030/27586-435, Dirk Bartel, vkprakt3@bund.net, -436



An dieser Ortseinfahrt konnte der BUND einige Alleebäume retten.

Alleeschutz

Baumfällungen verhindert

(BBG) – Jeder Autofahrer kennt sie: Verkehrsinseln, die am Ortseingang die Geschwindigkeit drosseln sollen. Eine solche Schikane wurde auch in Glöviz/Prignitz errichtet. Nachdem es hier zu einem tödlichen Unfall gekommen war, genehmigte der Landkreis Prignitz die Fällung mehrerer Alleebäume in der Nähe des Unfallortes. Der Vorsitzende des BUND-Kreisverbandes Wilfried Treutler forderte hingegen einen Verzicht auf die Fällungen und den Rückbau der Verkehrsinsel. Der BUND Brandenburg legte Klage gegen die Fällgenehmigung ein und beantragte einstweiligen Rechtsschutz. Im Ergebnis hob der Landkreis Prignitz als Untere Naturschutzbehörde seine Fällgenehmigung auf.

Daraufhin erinnerte sich der Landesbetrieb Straßenwesen an eine neue gesetzliche Bestimmung: Für Begleitgrün ist nicht mehr die Untere Naturschutzbehörde zuständig, der Landesbetrieb kann sich selbst Fällungen genehmigen. Doch im Eilverfahren vor dem Verwaltungsgericht erhielt der BUND Recht. Landesgeschäftsführer Axel Kruschat: »Das Gericht hat klargestellt, dass der Landesbetrieb auch bei Fällungen nach dem Straßengesetz eine Stellungnahme der anerkannten Naturschutzverbände einholen muss.« Laut Urteilsbegründung kann die Verkehrssicherheit »durch einen Rückbau der gefährlichen Verkehrsinsel wieder hergestellt werden.« Unmittelbar nach Pfingsten wurde die Insel entfernt.

BUND Prignitz,
Wilfried Treutler,
☎ 03877/564117,
b.w.treutler@arcor.de



NEU ERSCH./PERSONALIEN

TYPO3-Musterseite

Rheinland-Pfalz online runderneuert

(RLP) – Der BUND Rheinland-Pfalz hat für seinen Internetauftritt das TYPO3-System des Bundesverbandes gekauft und stellt dieses jetzt seinen Kreisgruppen zur Verfügung. Zu diesem Zweck gab es im Februar, April und Mai schon Schulungen mit insgesamt 20 Teilnehmern aus 13 Kreisgruppen. Die ersten neu erstellten Seiten konnten bereits freigeschaltet werden.

Zur Vereinfachung des Umstiegs hat der Landesverband eine Musterseite für Kreisgruppen erstellt, die schon viele Strukturen und Standardinhalte aufweist. So können auch weniger erfahrene Aktive in den Kreisgruppen nach einem Schulungstag ihre Seite auf ihre Gruppe anpassen und aktuell halten.

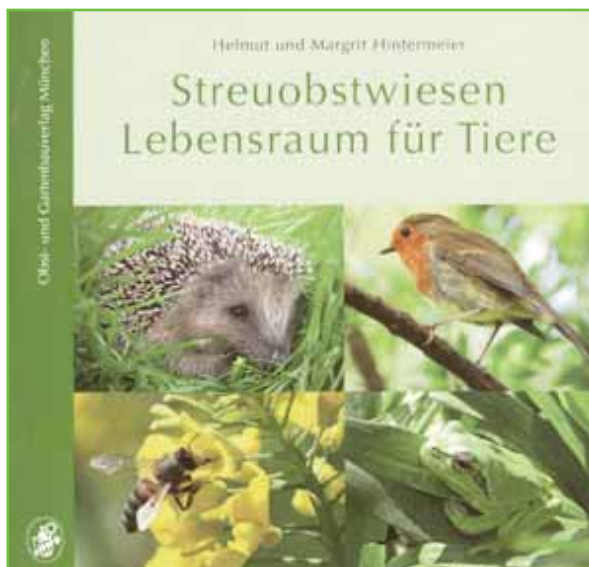
Wir freuen uns über diesen Erfolg und hoffen auf weitere Mitstreiter.

BUND Rheinland-Pfalz, Ansprechpartner: michael.ullrich@bund-rlp.de

Streuobstwiesen

Refugien für Tiere

(BV) – Streuobstwiesen gehören wegen ihres Strukturreichtums und der extensiven Bewirtschaftung zu den artenreichsten Lebensräumen Mitteleuropas. Bunte Wiesen und alte Bäume bieten reichhaltige Nahrungsquellen und zahllose Brut- und Aufenthaltsplätze für fast 3000 Tierarten. Helmut Hintermeier stellt eine Auswahl dieses Artenreichtums vor. Wortgewandt schildert er die Lebensweise und die morphologischen Besonderheiten, mit denen Tiere diese ökologische Nische erobert haben.



Die anschaulich und spannend geschriebenen Artenporträts mit kulturgeschichtlichen Erläuterungen öffnen eine ganz neue Perspektive auf diesen bedrohten Lebensraum.

Wussten Sie etwa, dass der tägliche Nahrungsbedarf eines Maulwurfs seinem Körpergewicht entspricht? Das umfassende Bildmaterial bereichert das Buch mit eindrucksvollen Abbildungen der vorgestellten Arten. So zeigt es Aufnahmen von nektarbedeckten Bienen und dem Innenleben eines Hornissennestes. Mit praktischen Tipps zu den wichtigsten Schutz- und Pflegemaßnahmen, zum richtigen Pflanzen neuer Obstbäume und zum Bau von Nist- und Überwinterungskästen für Vögel, Fledermäuse und staatenbildende Insekten richtet sich das Buch nicht nur an Landwirte und Besitzer von Streuobstwiesen, sondern auch an Naturfreunde, die sich für den Schutz dieses bedrohten Lebensraumes einsetzen.

Helmut Hintermeier ist Pädagoge, Autor und leidenschaftlicher Entomologe und beschäftigt sich seit 40 Jahren mit dem Thema. Wer mehr Wissenswertes über dieses komplex vernetzte Ökosystem erfahren möchte, wird von der Lektüre dieses Buches beeindruckt sein.

Christiane Unger

Helmut (Text) und Margrit (Layout) Hintermeier: Streuobstwiesen – Lebensraum für Tiere, 2009. 180 S., 317 Farbfotos, 25 Bildtafeln, 13 Zeichnungen. 14,50 Euro, Obst- u. Gartenbauverlag München

(Red.) – Die Redaktion erhält regelmäßig Bücher und andere Publikationen, die nur ausnahmsweise in der BUNDSchau oder im BUNDmagazin besprochen werden können. Über interessante Neuerscheinungen informiert Sie die nachfolgende Liste.

- Die Brutvögel Hagens, BUND Hagen et al., 2009. Über 300 S. und Abb., 19,90 Euro, Bezug über die Biologische Station Umweltzentrum Hagen (Kontakt: Stephan Sallermann, info@sallermann.de) nach Überweisung der 26,40 Euro Gesamtkosten (inkl. 6,50 Euro Versand) auf das Treuhandkonto Avifauna Hagen, Märkische Bank



Hagen e.G., BLZ 45060009, Konto-Nr. 5065790802; www.brutvoegel-hagens.de

- Warum Bäume nicht in den Himmel wachsen – Eine Einführung in das Leben unserer Gehölze, Dietrich Böhlmann, 2009. 384 S., 19,95 Euro, Quelle & Meyer, Wiebelsheim
- Kochen mit der Sonne – Solar kochen und backen in Mitteleuropa, mit Bauanleitung für einen Solarofen, 2008. 88 S. mit vielen farbigen Abb., 13,95 Euro, öko-buch Verlag, Staufen bei Freiburg
- Umwelt im Wandel – Herausforderungen für die Umweltprüfungen (SUP/UVP), Internationales Symposium 11.4.08, Berichte des Umweltbundesamtes (Hg), 2009. 126 S., 24,80 Euro, ESV Verlag
- Wolfgang Epple, Rabenvögel. Göttervögel – Galgenvögel. Ein Plädoyer im »Rabenvogelstreit«, 2009 (Nachdruck). 112 S., 24,80 Euro, G. Braun Buchverlag
- Kampf den Klimakillern – 365 Tipps, wie Sie CO₂ reduzieren und Energie sparen, 2009. 128 S., 9,95 Euro, Knauer Verlag
- Wildbeeren sammeln und zubereiten, mit Taschenführer »Alle essbaren und giftigen Früchte«, 2009. 160 S., 140 Farbfotos, 19,95 Euro, BLV Verlag
- Naturschutz und Bildung für nachhaltige Entwicklung – Fokus: Globales Lernen, Naturschutz und Biologische Vielfalt Heft 68, 2009. 278 S., 18 Euro, BfN-Schriftenvertrieb im Landwirtschaftsverlag, Münster
- Management- und Artenschutzkonzepte bei der Umsetzung der FFH-Richtlinie, Naturschutz und Biologische Vielfalt Heft 69, 2009. 190 S., 18 Euro, BfN-Schriftenvertrieb im Landwirtschaftsverlag, Münster
- Landschaftspflege mit Weidetieren, Naturschutz und Biologische Vielfalt Heft 71, 2009. DVD mit 20 S. Booklet, 10,90 Euro, BfN-Schriftenvertrieb im Landwirtschaftsverlag, Münster
- Verwaltungshandeln im Naturschutz, Naturschutz und Biologische Vielfalt Heft 66, 2009. 166 S., 16 Euro, BfN-Schriftenvertrieb im Landwirtschaftsverlag, Münster
- Berliner Pflanzen – das wilde Grün der Großstadt, 2009. 120 S., 14,80 Euro (bei Vorbestellung bis 15.7. 11,80 Euro), Edition Terra
- Die Erde schlägt zurück – Wie der Klimawandel unser Leben verändert, Szenario 2035, Eva Goris und Claus-Peter Hutter, 2009. 256 S., 25 Euro, Droemer Knauer
- Voneinander lernen – von Umweltkonflikten zu Lösungen, Deutsch-japanische Begegnungen, Bund Naturschutz Forschung Nr. 10, 2008. 137 S., 9,80 Euro, BN-Verlag, www.service.bund-naturschutz.de

BUND-Bundesgeschäftsstelle

Neuer Mitarbeiter

Sönke Guttenberg (38) vertritt ab Anfang Juli die Internetredakteurin Friederike Otto während ihrer Elternzeit. Der Diplom-Kommunikationswirt betreute in der BUND-Bundesgeschäftsstelle bereits von 2007 bis 2008 die Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Landwirtschaft und erarbeitete dabei Teile des BUND-Webauftritts. Zuvor war Guttenberg freier Journalist u.a. beim Berliner Stadtmagazin Zitty, außerdem Mitarbeiter der Stiftung Naturschutz Berlin und der Fair-Trade-Organisation Gepa.



- Die Vogelwelt des Waldes – Vögel beobachten und erkennen, 2009. DVD mit 85 min Spieldauer, 14,95 Euro, Edition Ample
- Taschenlexikon der Gehölze, Peter A. Schmidt/Ulrich Hecker, 2009. 665 S., 734 farb. Abb., 24,95 Euro (Einführungspreis), Quelle & Meyer Verlag
- Wasser – Zukunftsfähige Nutzungen, Innovative Beispiele aus den Bereichen Gewässer/Wasser/Abwasser, Anja Grove und Franz-Peter Heidenreich (Hg.), Initiativen zum Umweltschutz, Band 73, 2009. 430 S., 39,80 Euro, ESV Verlag

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 1. September 2009

IMPRESSUM: Die BUNDSchau ist der interne Nachrichten- und Informationsdienst des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V. – Friends of the Earth **Herausgeber:** Bundesvorstand **Vorsitzender:** Prof. Hubert Weiger **Redaktion:** Severin Zillich (verantwortlich); ☎ 0 30/2 75 86-4 57, Fax -4 40; redaktion@bund.net **Verlag:** BUND-Bundesverband, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin **Erscheinungsweise:** vierteljährlich